



Stadt Kamen

Niederschrift

Rat

über die
3. Sitzung des Rates
am Donnerstag, dem 05.07.2012
in der Stadthalle

Beginn: 16:00 Uhr
Ende: 17:00 Uhr

Anwesend

Bürgermeister
Herr Hermann Hupe

SPD

Herr Thomas Blaschke
Frau Britta Dreher
Frau Marion Dyduch
Herr Joachim Eckardt
Herr Kaya Gercek
Frau Astrid Gube
Frau Petra Hartig
Herr Daniel Heidler
Herr Peter Holtmann
Frau Renate Jung
Herr Klaus Kasperidus
Herr Heiko Klanke
Herr Michael Krause
Herr Friedhelm Lipinski
Herr Ulrich Marc
Frau Ursula Müller
Herr Heinrich Rickwärtz-Naujokat
Herr Silvester Runde
Herr Udo Theimann
Herr Theodor Wältermann
Herr Manfred Wiedemann
Frau Nicola Zühlke

CDU

Herr Ralf Eisenhardt
Herr Rainer Fuhrmann
Frau Rosemarie Gerdes
Herr Reinhard Hasler
Herr Wilhelm Kemna

Herr Heinrich Kissing
Frau Susanne Middendorf

Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Herr Klaus-Bernhard Kühnapfel
Frau Alexandra Möller
Herr Adrian Mork
Frau Bettina Werning

FDP

Frau Heike Schaumann
Herr Martin Wiegelmann

DIE LINKE / GAL

Herr Klaus-Dieter Grosch

Ortsvorsteher

Herr Heinz Henning
Herr Ulrich Klein
Frau Ursula Lungenhausen
Herr Hans-Jürgen Senne

Verwaltung

Frau Sabrina Conrad
Herr Uwe Liedtke
Herr Jörg Mösgen
Frau Ingelore Peppmeier
Herr Ronald Sostmann
Herr Ralf Tost

Personalrat

Herr Uwe Fleißig

Entschuldigt fehlten

Herr Cetin Bahcekapili
Herr Dirk Ebbinghaus
Herr Hans-Dieter Heidenreich
Herr Dieter Kloß
Frau Gabriele Lenkenhoff
Frau Annette Mann
Frau Ina Scharrenbach
Herr Franz Hugo Weber

Herr **Bürgermeister Hupe** begrüßte die Ratsmitglieder, die Mitarbeiter der Verwaltung, von der Sparkasse die Herren Wenge und Alt, vom Hellmig-Krankenhaus die Herren Vongehr und Wessels und die Vertreter der Presse, stellte die Beschlussfähigkeit fest und eröffnete die form- und fristgerecht einberufene Sitzung.

Wie schon in der vorlaufenden Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses wurde auf Vorschlag des Bürgermeisters der TOP 2 – Haus- und Benutzungsordnung für das Haus der Kamener Stadtgeschichte – einvernehmlich von der Tagesordnung abgesetzt.

A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Abberufung einer Prüferin und Bestellung einer Prüferin des Fachbereiches Rechnungsprüfung	048/2012
2	Fusion des Hellmig-Krankenhauses Kamen gGmbH mit dem Klinikum Westfalen GmbH zum 1.1.2013	057/2012
3	Jahresabschluss 2011 der Städtischen Sparkasse Kamen	050/2012
4	Entlastung der Organe der Städtischen Sparkasse Kamen für das Geschäftsjahr 2011	051/2012
5	Jahresabschluss 2011 der TECHNOPARK KAMEN GmbH	052/2012
6	Entlastung des Aufsichtsrates und der Geschäftsführung der TECHNOPARK KAMEN GmbH für das Geschäftsjahr 2011	053/2012
7	Einwohnerfragestunde	
8	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	

B. Nichtöffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	
2	Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung	

A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.
048/2012

Abberufung einer Prüferin und Bestellung einer Prüferin des Fachbereiches Rechnungsprüfung

Beschluss:

Frau Ewa Weidauer wird mit sofortiger Wirkung von ihren Aufgaben als Prüferin des Fachbereiches Rechnungsprüfung entbunden.

Frau Marion Herzig wird mit sofortiger Wirkung zur Prüferin des Fachbereiches Rechnungsprüfung bestellt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 2.
057/2012

Fusion des Hellmig-Krankenhauses Kamen gGmbH mit dem Klinikum Westfalen GmbH zum 1.1.2013

Einleitend erinnerte Herr **Hupe** an die bereits ausführlich geführte Diskussion zur Fusion der Hellmig-Krankenhauses gGmbH.

Er machte deutlich, dass die Einbringung des Hellmig-Krankenhauses in den Verbund des Klinikums Westfalen einen historischen Schritt für Kamen darstelle.

Unter Verweis auf das vorgelegte umfangreiche Vertragspaket zur Fusion ging der Bürgermeister im Einzelnen auf die Intentionen des Einbringungs- und des Gesellschaftsvertrages ein. Der Einbringungsvertrag regle das Einbringungsvolumen und treffe z.B. Aussagen zur Aufgabe der Betriebsspaltung, zur Einbringung des Liquiditätskredites als Startkapitalanlage sowie zu den einzubringenden Flächen. Im Gesellschaftsvertrag sei beispielsweise manifestiert, dass der Kamener Krankenhausstandort weiterentwickelt und die Entwicklung zu einer Portalklinik ausgeschlossen werde. Zur Absicherung der Kernfragen seien entsprechende Abstimmungsquoten festgelegt worden, die Entscheidungen ohne Zustimmung des kommunalen Gesellschafters ausschließen würden.

Selbstverständlich werde die Fusion auch Veränderungen bedingen. Jedoch sei man bemüht, dem Krankenhauspersonal durch die in Zusammenarbeit mit dem Betriebsrat ausgehandelte Übernahmegarantie für die nächsten 6 Jahre eine gewisse Sicherheit und Perspektive zu bieten.

Insgesamt bewertete er das Vertragspaket zur Fusion als ausgewogen, mit großen Chancen für die Zukunft des hiesigen Standortes. Dass die Stadt Kamen in dem Verbund nur noch Minderheitsgesellschafter sein werde, bedeute keineswegs einen Wertverlust. Die Wertigkeit werde in der Bilanz der Stadt durch die Gesellschafteranteile an dem Klinikum Westfalen abgebildet.

Die Kündigung der Renten-Zusatzversicherung bei der VBL und die Umwidmung in die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See seien unvermeidlich gewesen. Für den Anspruch der Mitarbeiter ergebe sich dadurch keine Änderung. Im Gegenteil falle zukünftig ein Sanierungsbeitrag weg, den die Mitarbeiter aufgrund der Sanierung der VBL zahlen müssten.

Nach dem Resümee zum bisherigen Verfahrensablauf dankte Frau **Dyduch** allen Beteiligten. Sie zeigte sich erfreut darüber, mit dem Klinikum Westfalen einen guten Fusionspartner gefunden zu haben. Das Hellmig-Krankenhaus werde gemeinsam mit dem Klinikum Westfalen einen starken Verbund bilden. Mit fast 800 Betten sei man in der Region für die Zukunft gut aufgestellt.

Ein wichtiges Kriterium der Fusion sei, dass die Entwicklung des Hellmig-Krankenhauses zu einer Portalklinik durch die Regelungen im Gesellschaftsvertrag ausgeschlossen worden sei.

Frau Dyduch stellte zusammenfassend fest, dass mit der Fusion der hiesige Standorterhalt, der Verbleib der Mitarbeiter in den Tarifen und die Zukunftssicherung erreicht würden.

Die SPD-Fraktion werde der Vorlage zustimmen.

Herr **Eisenhardt** lobte die Fusion als wichtigen Schritt für das Hellmig-Krankenhaus. Es sei bereits seit langer Zeit absehbar, dass kleinere Krankenhauseinheiten zukünftig nur noch schwer alleine, ohne Anschluss an einen Verbund, Bestand haben könnten. Eigene Anstrengungen, die das Hellmig-Krankenhaus z.B. im Rahmen des Sanierungstarifvertrages unternommen habe, hätten nicht ausgereicht, um auf Dauer wirtschaftlich arbeiten und die Marktposition halten zu können.

Herr Eisenhardt machte deutlich, dass mit der Knappschaft ein guter Fusionspartner gefunden worden sei, der in der Region besonders verwurzelt sei.

Er zeigte sich erfreut, dass die Diskussionen zur Fusion in Kamen überwiegend positiv belegt gewesen seien. Im Vordergrund stehe der Erhalt der gesundheitlichen Vorsorge in Kamen.

Die Übernahme der Bürgschaft aufgrund des Wechsels der Versicherungsanstalt für die Renten-Zusatzversicherung sei vernünftig und unumgänglich. Wesentliche Regelungen zum Kündigungsschutz der Mitarbeiter im Rahmen der Fürsorgepflicht sowie zur Sicherstellung des Einflusses des Rates seien angemessen in den Fusionsverträgen berücksichtigt worden.

Für die CDU-Fraktion erklärte er die Zustimmung zur Vorlage.

Auf die Frage von Frau **Werning** nach der Notwendigkeit der Ausfallbürgschaft für den Wechsel der Zusatzversorgungskasse, erklärte Herr **Huße**, dass es sich um einen Vorratsbetrag handele, der sich aus der Ablöse gemäß Versicherungsgutachten und Lohnsteuerzahlungen zusammensetze. Vermutliche werde der zur Absicherung pauschal angesetzte Betrag nicht gänzlich in Anspruch genommen werden müssen.

Den Ablauf skizzierte er so, dass die Hellmig-Krankenhaus gGmbH Ende Dezember einen Kredit für die Ablöse an die VBL aufnehmen werde. Die Verzinsung und Tilgung des Kredites sei so berechnet, dass diese nicht höher seien als die Ersparnis durch den Wechsel der Zusatzversorgungskasse. Bedingung dafür sei die Übernahme einer öffentlichen Bürgschaft für den Kredit durch die Stadt. Mit der Fusion gehe dieser Kredit auf das Klinikum über.

In diesem Zusammenhang zeigte der Bürgermeister auf, dass zurzeit einige gerichtliche Verfahren gegen die VBL und deren allgemeiner Geschäftsbedingungen geführt würden, u.a. auch von den GSW. Eine erfolgreiche Klage würde die Kosten für den Wechsel der Zusatzversicherung verringern.

Frau **Möller** legte dar, dass der Weg zu größeren Einheiten im Krankenhaussektor nicht mehr aufzuhalten sei und nur dieser Weg die hiesige Nahversorgung jetzt noch für die Zukunft sichern könne. Sie hielt es für fraglich, ob das Hellmig-Krankenhaus ohne Anschluss in den Verbund in einigen Jahren überhaupt noch zu halten sei.

Wichtige Aspekte der Fusion, wie die Sicherung der Arbeitsplätze und die Tarifsicherheit für die Mitarbeiter, die Weiterbeschäftigung der Geschäftsführung sowie die Sicherung des kommunalen Einflusses seien gut umgesetzt worden.

Sie dankte ebenfalls den Mitarbeitern und der Geschäftsführung und sagte für die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen die Zustimmung zur Fusion zu.

Für die FDP-Fraktion begrüßte Frau **Schaumann** die Fusion mit dem Klinikum Westfalen und erklärte die Zustimmung. Durch die Fusion könne der Krankenhausbetrieb in der Stadt für die Zukunft gesichert werden. Positiv erwähnte sie ebenfalls die Regelung zur 6-jährigen Beschäftigungsgarantie und Tarifsicherheit.

Herr **Grosch** stellte zwei ausschlaggebende Aspekte der Fusion in den Vordergrund. Zum einen nannte er die Verhinderung einer Portalklinik, zum anderen die Übernahme der Mitarbeiter sowie die Sicherung der Arbeitsplätze. In diesem Zusammenhang wies er auf die besondere Fürsorgepflicht gegenüber den Mitarbeitern des Krankenhauses hin, der man durch die Regelungen des Personalüberleitungsvertrages gerecht geworden sei.

Er erkundigte sich nach der Auslassung im § 3 „Rentenzusatzversorgung“ des Personalüberleitungsvertrages und nach dem Passus in der Vorlage für den Rat der Stadt Lünen, in dem von einem Fusionspotential im Personalkostenbereich in Höhe von ca. 40 Stellen die Rede sei.

Zur Auslassung in § 3 des Personalüberleitungsvertrages erklärte Herr **Hupe**, dass es sich bei den Ausnahmen um Mitarbeiter handle, die einen privaten Vertrag zur Zusatzversicherung hätten und nicht in der VBL versichert seien. Aus Gründen des Datenschutzes seien die persönlichen Daten ausgelassen worden.

Der Bürgermeister führte aus, dass das zitierte Fusionspotential in einem Gutachten ermittelt worden sei, welches die synergetischen Effekte der Fusion untersucht habe.

Erneut betonte er, dass alle Mitarbeiter mit einer 6-jährigen Arbeitsplatzgarantie im Klinikum weiterbeschäftigt würden, ausgenommen die Mitarbeiter der Radiologie, die freiwillig den Arbeitgeber wechseln würden. Von den insgesamt 1.600 Beschäftigten des Klinikums nach Eintritt des Hellmig-Krankenhauses in den Verbund würden 40 Stellen im Rahmen der normalen Stellenfluktuation eingespart werden, ohne dass es Kündigungen geben werde. Dieses Fusionspotential sei somit zunächst einmal nur eine rechnerische Größe, eine Umsetzung könne erst später geprüft werden.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kamen stimmt der Fusion der Hellmig-Krankenhauses Kamen gGmbH mit dem Klinikum Westfalen GmbH bei Gesellschaftsanteilen von 20,1 % (Stadt Lünen), 20,1 % (Stadt Kamen), 59,8 % (Deutsche Rentenversicherung Knappschaft Bahn-Ssee) zu und beschließt:

1. Die vollständige Übertragung der Krankenhaus gGmbH und der im Wege der Betriebsaufspaltung für den Betrieb des Krankenhauses überlassenen Grundstücke sowie weiterer angrenzender Flächen auf die Klinikum Westfalen GmbH
2. Den Verzicht auf die Erfüllung der Liquiditätsdarlehensverträge (2005) und genehmigt die daraus resultierende überplanmäßige Aufwendung im Produkt 41.01.01
3. Die Übernahme einer Ausfallbürgschaft zur Sicherung des für den Wechsel der Zusatzversorgungskasse notwendigen Darlehens bis zu einer Höhe von ca. 22 Mio. Euro einschl. Lohnsteuer zu Gunsten der Hellmig-Krankenhaus gGmbH
4. Die Verwaltung wird ermächtigt, die Fusionsverhandlungen zum Abschluss zu bringen und die vorgelegten Verträge abschließend zu überarbeiten und, vorbehaltlich der aufsichtsbehördlichen Genehmigung, zu unterzeichnen.
5. Die Vertreter in den Gremien der Hellmig-Krankenhaus Kamen gGmbH werden beauftragt, die noch erforderlichen Fusionsbeschlüsse vorbehaltlich der aufsichtsbehördlichen Genehmigung auf Grundlage der vorgelegten Vertragsentwürfe zu fassen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Abschließend wies Herr **Hupe** darauf hin, dass die Knappschaft der Fusion bereits am 19. Juni zugestimmt habe. Der Rat der Stadt Lünen treffe die Entscheidung ebenfalls in einer für heute terminierten Sitzung.

Zu TOP 3.
050/2012

Jahresabschluss 2011 der Städtischen Sparkasse Kamen

Zu Beginn seiner Ausführungen dankte Herr **Eisenhardt** den Mitarbeitern der Sparkasse für die engagierte Arbeit, die sich im Jahresabschluss widerspiegele.

Er plädierte dafür, das Jahresergebnis auch in den Folgejahren der Sicherheitsrücklage der Sparkasse zuzuführen. Die Maßnahme des Haushaltssicherungskonzeptes, die auf eine Gewinnausschüttung im Jahr 2013 an die Stadt abziele, betrachtete er dagegen kritisch.

Herr **Hupe** wandte ein, dass zunächst die Entwicklung abzuwarten sei und die im Haushaltssicherungskonzept manifestierte Gewinnausschüttung erst zu gegebener Zeit diskutiert werden könne. Eine jährliche Beurteilung sei sinnvoll und notwendig.

Beschluss:

Der gesamte Jahresüberschuss der Städtischen Sparkasse Kamen in Höhe von 579.722,98 Euro ist der Sicherheitsrücklage zuzuführen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 4.
051/2012

Entlastung der Organe der Städtischen Sparkasse Kamen für das Geschäftsjahr 2011

Herr **Hupe** übergab die Sitzungsleitung an Herrn Rickwärtz-Naujokat.

Nachfolgende Ratsmitglieder nahmen gemäß § 31 GO NRW an der Beratung und Beschlussfassung nicht teil:

Marion Dyduch, Britta Dreher, Joachim Eckardt, Ralf Eisenhardt, Rosemarie Gerdes, Petra Hartig, Hermann Hupe, Renate Jung, Klaus Kasperidus, Heinrich Kissing, Heiko Klanke, Michael Krause, Klaus-Bernhard Kühnapfel, Friedhelm Lipinski, Susanne Middendorf, Manfred Wiedemann.

Beschluss:

Den Organen der Städtischen Sparkasse Kamen wird gem. § 8 Abs. 2 Buchstabe f Sparkassengesetz (SpkG NRW) hinsichtlich des Jahresabschlusses 2011 Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Nach erfolgter Abstimmung gab Herr **Rickwärtz-Naujokat** die Sitzungsleitung zurück an den Bürgermeister.

Zu TOP 5.
052/2012

Jahresabschluss 2011 der TECHNOPARK KAMEN GmbH

Herr **Heidler** führte aus, dass der gegenüber der Planung reduzierte Verlust aus dem Jahresabschluss positiv hervorsteche. Hier zeige sich der verantwortliche Umgang mit den Finanzen.

Er zeigte sich erfreut über die stabile Ertragslage und macht deutliche, dass die TECHNOPARK KAMEN GmbH ein wichtiger Bestandteil der Wirtschaftsförderung in der Region sei, wovon alle profitieren würden.

Er dankte den Mitarbeitern und dem Geschäftsführer für die geleistete Arbeit.

Frau **Middendorf** dankte den Mitarbeitern sowie der Geschäftsführung ebenfalls für die gute Arbeit. Sie machte deutlich, dass die TECHNOPARK KAMEN GmbH nicht nur für Existenzgründer interessant sei. Auch im Rahmen der Konkurrenz zu anderen Technoparks in der Umgebung sei man in Kamen gut aufgestellt.

Beschluss:

Der Vertreter der Stadt Kamen wird beauftragt, in der Gesellschafterversammlung wie nachstehend aufgeführt abzustimmen:

1. Der Jahresabschluss der TECHNOPARK KAMEN GmbH zum 31.12.2011 wird in der vorgelegten Form festgestellt.
2. Der Lagebericht wird genehmigt.
3. Der Jahresfehlbetrag in Höhe von 211.967,11 € ist durch die Stadt Kamen ausgeglichen worden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 6.
053/2012

Entlastung des Aufsichtsrates und der Geschäftsführung der TECHNOPARK KAMEN GmbH für das Geschäftsjahr 2011

Der **Bürgermeister** übergab die Sitzungsleitung Herrn Wiedemann.

Nachfolgende Ratsmitglieder nahmen gemäß § 31 GO NRW nicht an der Beratung und Beschlussfassung teil:

Britta Dreher, Ralf Eisenhardt, Daniel Heidler, Hermann Hupe, Heiko Klanke, Susanne Middendorf, Ursula Müller.

Beschluss:

Der Vertreter der Stadt Kamen wird beauftragt, in der Gesellschafterversammlung wie nachstehend aufgeführt abzustimmen:

Dem Aufsichtsrat und der Geschäftsführung der TECHNOPARK KAMEN GmbH werden gem. § 13 Abs. 2 a des Gesellschaftsvertrages Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Herr **Wiedemann** übergab die Sitzungsleitung zurück an den Bürgermeister.

Zu TOP 7.

Einwohnerfragestunde

Einwohnerfragen lagen nicht vor.

Zu TOP 8.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

88.1 Mitteilungen

Zunächst berichtete Herr **Hupe**, dass mit Blick auf den zeitlichen Aspekt die Altstadtparty im nächsten Jahr zusammen mit dem Partnerschaftsfest stattfinden werde.

Der Bürgermeister informierte den Rat im Weiteren darüber, dass geplant sei, in 2013 insgesamt 7 neue Auszubildende einzustellen, davon 2 Verwaltungsfachangestellte und 2 im mittleren nichttechnischen Verwaltungsdienst in der allgemeinen Verwaltung, 1 Fachangestellte/r für Medien- und Informationsdienste, Fachrichtung Bibliothek, in der Städtischen Bücherei, 1 Straßenanwärter/in im Tiefbaubereich der Servicebetriebe sowie 1 Fachinformatiker/in, Fachrichtung Systemintegration, in der ADV.

Letztlich teilte er erfreut mit, dass die Genehmigungsverfügung der Aufsichtsbehörde zur vorgelegten Haushaltssatzung mittlerweile vorliege. Nach Aussage der Aufsichtsbehörde sei das Werk valide und konsequent erstellt. Positiv seien die strukturellen Veränderungen, die das Haushaltssicherungskonzept enthalte, hervorgehoben worden. Sie seien dauerhaft und würden nicht nur als Einmaleffekt wirken.

8.2 Anfragen

8.21 Nachdem sie aktuell festgestellt habe, dass das Parkhaus an der Kämertorstraße bereits geschlossen sei, erkundigte sich Frau **Hartig**, wann die Sanierungsarbeiten beginnen würden und mit welchem Ausführungszeitraum gerechnet werde.

Herr **Hupe** erklärte, dass nach dem Kenntnisstand der Verwaltung der Vertragspartner zeitnah mit den Arbeiten beginnen wolle. Die Wiedereröffnung sei für September dieses Jahres geplant. Details seien zurzeit in Abstimmung.

Er bedauerte die überraschende Schließung durch den Investor ohne vorherige Information der Bürger.

Herr **Eisenhardt** erkundigte sich in diesem Zusammenhang nach den konkreten Plänen für das Parkhaus, insbesondere Einzelheiten zur Behindertentoilette, dem Aufzug und der Gestaltung des Daches.

Der **Bürgermeister** wies darauf hin, dass die Sanierung eigenständig durch den Privatinvestor durchgeführt werde und die Verwaltung daher keinen Einfluss darauf nehmen könne, die Detailplanung dem Rat vorzustellen. Den aufgeworfenen Fragen werde die Verwaltung jedoch nachgehen. Er bat um Verständnis für dieses Verfahren und sagte zu, neue Informationen direkt weiterzugeben.

Herr **Sostmann** fügte ergänzend hinzu, dass die Fragen der Behindertentoilette und des Aufzuges an den Privatinvestor bereits herangetragen worden seien. Der habe zugesagt, die Fragestellungen bei der Planung zu berücksichtigen.

- 8.22 Herr **Hasler** fragte nach dem Ideenwettbewerb zur Gestaltung der Seseke und erinnerte daran, dass die Verwaltung noch vor den Sommerferien dazu informieren wollte.

Herr **Liedtke** sicherte eine Information nach den Sommerferien zu, da aktuell noch an der Ausschreibung gearbeitet werde.

- 8.23 Unter Bezugnahme auf eine Anfrage im Planungs- und Umweltausschuss zum neuen Kreisverkehr am Bahnhofparkhaus und die vor Kurzem erfolgte Umsetzung der Begrenzungssteine im Inneren des Kreisverkehrs, erfragte Frau **Middendorf**, ob diese Lösung nun endgültig sei.

Herr **Liedtke** machte deutlich, dass der Kreisverkehr nach dem aktuellen Stand der Technik installiert worden sei und die richtige Nutzung besonders durch den LKW-Verkehr reine Gewöhnungsache sei.

Die fraglichen Steine habe die Verwaltung bewusst platziert, um ein deutliches Signal zu setzen.

Frau **Middendorf** stellte den Zweck der Umsetzung der Steine in Frage, da dies nur dazu führe, dass die LKWs weiterhin über den Rasen fahren würden.

Dazu erläuterte Herr **Liedtke**, dass der geringfügige Versatz der Steine der Komforterhöhung für alle Verkehrsteilnehmer dienen solle.

- 8.23 Auf die Frage des Herrn **Kissing** zum aktuellen Sachstand des leer stehenden Hertie-Gebäudes, berichtete der **Bürgermeister**, dass es mittlerweile auch eine Insolvenzverwaltung der MABV in den Niederlanden gebe. Aktuell befinde man sich in einem Blockadezustand. Es seien genug Gebote vorhanden. Ein Zuschlag werde allerdings nicht gegeben.

Er informierte, dass in der Verwaltung aktuell zwei Nachfragen zu einem möglichen Erwerb der Immobilie vorliegen würden, den Insolvenzparteien jedoch die Abschreibungszeiträume wichtiger als ein Verkauf seien. Hierauf könne die Verwaltung bedauerlicherweise keinen Einfluss nehmen. In diesem Zusammenhang bestehe der Wunsch, mit rechtlichen Änderungen die Positionen der Kommunen durch stärkere Berücksichtigung der städtebaulichen Interessen zu verbessern.

B. Nichtöffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Mitteilungen der Verwaltung lagen nicht vor. Anfragen wurden nicht gestellt.

Zu TOP 2.

Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung

Keine

gez. Hupe
Bürgermeister

gez. Tost
Schriftführer